FileNr:57|id:HBB82913F7-6F03-42C3-8984-934C36077B18|date:2020-12-02|source:HB|title:Besser wäre, mehr zu investieren

#######DONT CHANGE THE ABOVE############

Die staatlichen Stuetzungsmassnahmen fuer Wirtschaft und Beschaeftigte in der Coronakrise werden in diesem und im naechsten Jahr zu einem massiven Anstieg der Staatsverschuldung fuehren. Von oekonomischer Seite erfaehrt die Bundesregierung dafuer viel Zustimmung. Auch 74 Prozent der Bevoelkerung halten laut dem juengsten ZDF-Politbarometer die hohen Schulden fuer richtig. Bei den Anhaengern der Union, zu deren Markenkern doch eigentlich die schwarze Null gehoerte, sind es sogar 85 Prozent, und selbst bei denen der FDP sind es noch 70 Prozent. Trotzdem beginnt bereits die Debatte um die Haushaltskonsolidierung und darum, wer eventuelle Lasten tragen soll. Muessen also bald schon Ausgaben gekuerzt oder Steuern erhoeht werden? Aus oekonomischer Sicht waere dies kontraproduktiv, weil es die Konjunkturerholung belasten wuerde. Am besten waere es, wenn Deutschland einfach aus den Corona-Schulden herauswachsen koennte. Das Auslaufen der Corona-Massnahmen und die Konjunkturerholung vermindern automatisch die Defizite. Die Schuldenstandsquote, also die Staatsschulden in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP), geht dann mittelfristig zurueck, einfach weil das BIP waechst. Genau dies gelang nach der Finanzkrise, als die Schuldenstandsquote in nur neun Jahren von 82,4 Prozent im Jahr 2010 bis 2019 auf 59,6 Prozent sank, ohne dass dafuer harte Einschnitte oder Steuererhoehungen beschlossen worden waeren. Allerdings waren die Bedingungen dafuer mit sinkenden Zinsen und einer sehr guenstigen Wirtschaftsentwicklung besonders gut: Die deutsche Wirtschaft wuchs 2011 bis 2019 nominal im Durchschnitt um 3,3 Prozent pro Jahr. Der Staat wies jedes Jahr einen Ueberschuss von mehr als 0,7 Prozent des BIP aus.

Trotzdem sind die Aussichten fuer eine zuegige Rueckfuehrung der Staatsschulden auch nach der Coronakrise guenstig: Die Ausgangsschuldenquote wird im naechsten Jahr mit etwa 72 Prozent deutlich geringer sein als 2010. Und selbst wenn man annimmt, dass der Staat ab 2022 durchschnittlich keine Ueberschuesse mehr einfaehrt, sondern ein Defizit von 0,5 Prozent des BIP, und wenn die nominale Wachstumsrate im Schnitt nur bei 2,8 Prozent liegt, wuerde dies ausreichen, um die Staatsschulden in neun Jahren bis 2030 wieder unter 60 Prozent zu druecken. Diese Ueberschlagsrechnung zeigt, dass das Herauswachsen aus den Corona-Schulden keineswegs utopisch ist, sondern eine realistische Option darstellt.

Das heisst allerdings nicht, dass die Finanzpolitik aus oekonomischen Gruenden gezwungen waere, die willkuerliche EU-Grenze von 60 Prozent fuer die Schuldenstandsquote einzuhalten oder das Defizit auf lediglich 0,5 Prozent zu beschraenken. Gerade zur Finanzierung von oeffentlichen Investitionen - besonders in oekologische und traditionelle Infrastruktur sowie Bildung und Forschung - koennen hoehere Staatsschulden sehr sinnvoll sein. Daher sollte die Debatte um Reformen der EU-Fiskalregeln und der Schuldenbremse, die schon vor der Krise begonnen hat, dringend fortgesetzt werden....

Fokus Deutschland Warnend-Negativ